

Volksstimme

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg**
Erscheint mit der Sonntags-Nachrichtungsbeilage „Der Gesellschaft“
tägl. nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 3407
Postfachnummer Leipzig Nr. 87573.

Redaktion:
Halle a. S., Str. Braunsbergstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 12-1/2 Uhr.

Nr. 53 Preisverzeichn.: Monatlich 2,25 Mk. incl. Post, bei Abnahme 2,00 Mk. Durch die Post Leipzig monatlich 2,00 Mk. Inland 46 Pf., Ausland 6,00 Mk. u. 1,76 Mk. Postabgabe. Fernschreiben a. v. Postfach monatlich 2,25 Mk. 6,75 Mk. Halle, Dienstag, den 9. März 1920 4. Jahrgang

Der Gott der Reaktion.

Von Franz Krüger, M. d. N.

Wer kühl und ohne Nebenabsichten die gegenwärtigen Verhältnisse beurteilt, wird ohne weiteres erkennen, daß nurzeit die Vorantsetzungen für einen gesamtstaatlichen Schritt der reaktionären Parteien durchaus nicht günstig sind. Und die fortwährenden Prophezeiungen, daß Teile der Reichswehr, der Sicherheitswehr usw. sich für einen solchen Schritt zur Verfügung stellen würden, schließen von dem manchmal allerdings unqualifizierbaren Auftreten einzelner Führer und Mannschaften dieser Formationen ab. Die Deutschnationalen und Monarchisten werden sich an darüber klar sein, daß ein reaktionärer Schritt, wenn er mißlingt, einen ganzen Anhauf von ihnen den Kopf kosten würde. Gelingt er aber, so würde er die große Masse der Bevölkerung, die weit über die Arbeiterklasse hinaus, zur Wehr und zur baldigen Niederwerfung dieser neuen Reaktionsherrschaft vereinen und eine solche neue Niederlage der Nation würde für sie vielleicht noch blutigere Folgen haben. Dazu kommt, daß eine reaktionäre Regierung in Deutschland infolge des starken Widerstands im eigenen Volk, ein willkürlicher Spielball in der Hand der Entente sein würde, an einen selbständigen Aufbau unseres Landes überhaupt nicht denken könnte und schon daran in kürzester Zeit scheitern würde.

Freudlos ist die reaktionäre Gefahr und dadurch eine Bedrohung unserer republikanischen und demokratischen Freiheiten in hohem Maße vorhanden.

Aus diesen die Krise nicht davon, ihren Einfluß auf dem Wege eines blutigen Aufstoßes zur Geltung zu bringen, da sie es nicht einsehen und leichter haben können. Der Gott der Reaktion sind die öffentlichen Vermaltungen!

Aum ein Gebiet gibt es, in dem nach der Revolution die Veränderung der Verhältnisse so notwendig war und vom gesamten Volke so kühnlich verlangt wurde, wie das bei öffentlichen Vermaltungen. Und kaum irgendwo ist bisher so wenig geändert worden wie hier. Die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstellungen haben nach Erziehung des Dreiklassenwahlrechts durch unser heutiges demokratisches Wahlrecht ein ganz anderes Aussehen und zum Teil sozialistische Mehrheiten bekommen. Sie unbelobten Mitglieder der Magistrat und Gemeindevorstände sind nach der Stärke der Parteien in der Gemeindevertretung verteilt und neu gewählt. Auch in die Plätze der besoldeten Bürgermeister, Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Stadträte sind zahlreiche Sozialdemokraten und Demokraten eingezogen. Die Kreisräte und Provinzialparlamente zeigen im Gegensatz zu früher starke sozialdemokratische Mehrheiten und zum Teil rein sozialdemokratische Mehrheiten. Eine erhebliche Beteiligung von Sozialdemokraten bei der Besetzung der Amtsvorstellungen ist meistens die erfreuliche Folge.

Auch in den Ländern und Reichsparlamenten hat die Sozialdemokratie einen überaus großen Einfluß und mit den demokratisch gerichteten bürgerlichen Parteien überall die Mehrheit. Und doch sehen wir, daß in den politischen Lehenden Stellen und in dem allgemeinen Geist der Reichs- und Staatsverwaltung nur sehr geringe Veränderungen vorgegangen sind.

Wollte verhält es sich, anzunehmen, daß es an dem guten Willen der zuständigen Minister mangelt, wenn doch immer wieder und immer deutlicher der alte reaktionäre Geist in der Verwaltung hervorwacht. Dieser gute Willen ist mindestens bei allen parteipolitischen Ministern vorhanden. Die Kernfrage ist die, welche Mittel und Wege sie haben, um diesen guten Willen in die Tat umzusetzen. In dieser Beziehung lassen die bestehenden Verhältnisse allerdings viel zu wünschen übrig, da die Ausführung der ministeriellen Anweisungen, mit Ausnahme weniger Ämter, in den Händen von Angehörigen des alten Systems liegt, die es deshalb in der Hand haben, die Anweisungen des Ministers in weitgehendem Maße zu verfälschen. Einzigartig macht man die Erfahrung, daß schon allein das Auftreten dieser höheren Beamten gegenüber den untergeordneten Ministern und unteren Beamten bei diesem jeden Glauben an eine neue Zeit immer mehr zerbricht.

Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht davon abhängig, daß wir alle leitenden Stellen mit Sozialdemokraten oder Demokraten besetzen. Es genügt vollkommen, wenn wir alle diejenigen Stellen, welche auf die Durchführung der Regierungspolitik und der dazu gehörigen Verwaltungsmaßnahmen den maßgebenden Einfluß haben, mit solchen Personen besetzen, und wenn wir die Erziehung der Verwal-

Amerika mißtraut dem Völkerbund.

W. Haag, 8. März. Die „New York Courant“ aus Washington meldet, erklärte Marineminister Daniels vor dem Repräsentantenhaus außerdem noch, daß es, selbst wenn die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten, notwendig ist, daß ihre Flotte jeder anderen Flotte gleich ist. Wenn die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht beitreten, so müßten sie die größte Flotte der Welt besitzen. Wenn der Senat sich weigere, den Friedensvertrag und den Völkerbund anzunehmen, so müßte eine Flotte von 96 Schiffen beschafft werden, deren Baukosten sich auf etwa 195 Millionen Dollar belaufen würden. Um die Flotte der Vereinigten Staaten zur größten Flotte der Welt zu machen seien vier Jahre notwendig.

Die Verwendung des internationalen Kredits.

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Verwendung des internationalen Kredits ist freilich ein wenig dem Reiz der Zeit erlegen. Aber diese Denkschrift ist doch ein wertvolles Dokument. Über zwei Milliarden für die Reichsfinanzstelle, über 300 Millionen Mark für die Reichsfinanzstelle und über 100 Millionen Mark für die Reichsfinanzstelle. Die Höhe des neuen Kredits steht auch jetzt noch nicht fest. Aber ist schief, daß er uns schließlich zur Entlastung der Preise der Lebensmittel dienen soll.

Einheit Amerikas.

W. A. Smith, 8. März. „Times“ melden aus Washington, daß die Wahrung der strengeren wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags in den Vereinigten Staaten allgemeine Zustimmung finden würde. „New York Herald“ schreibt, ein armes Deutschland würde eine wirtschaftliche, sogar politische Bedrohung für seine Nachbarn bedeuten.

Neuwahlen im Herbst.

W. Berlin, 9. März. Wie der „Mundschau“ zufolge verlautet, wird zur künftigen Herbstwahl des Antrags der Rechten Parteien auf baldige Auflösung der Nationalversammlung der Reichsminister des Innern noch eine formalisierte Erklärung abgeben, nach der die

angelegentlich mindestens unter maßgebenden demokratischen Einfluß bringen. Wenn dann noch gegenüber den Unverschiedenheiten der verschiedenen Parteien eine feste Band gezogen wird, so werden sich vor allen Dingen die zahlreichen Elemente in der Beamtenklasse, die auf dem Boden des neuen Systems stehen, energischer hervorzuheben können. Heute, wo bei den Vorgesetzten sozialdemokratische Verträge, wie eben wieder sehr unbeliebt ist, kann man ihre Zurückhaltung durchaus begreifen. Aus den zahlreichen mir vorliegenden Fällen will ich nur zwei erwähnen: Zwei Vertreter des Reichsministeriums werden nach einer Stadt geschickt, um dort Verhandlungen zu führen. Sie befragen den an den Verhandlungen beteiligten Landrat und dieser fragt sie, ob sie Beamte seien. Als diese Frage bejaht wird, erklärt er nochmals mit Bestätigung: „Also, Sie sind Beamte?“ Auf die erkrankte zweite Bejahung dieser Frage erwidert er: „Ja, ja, ich möchte mich nur vergewissern, ob Sie Beamte sind oder nicht, um den neuen sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretären zu zeigen, die man jetzt überall in den Ministerien findet.“

In einem anderen Falle wird ein Parteigenosse der eine anerkannte Autorität auf einem bestimmten Gebiete ist und an leitender Stelle im Kommunaldienst steht, zur Beantwortung einer bestimmten Frage vorübergehend in ein Reichsministerium berufen. Ein leitender Beamter des Ministeriums fragt ihn bei der Vorbestellung nach seiner politischen Überzeugung. Er erhält eine deutlich abweisende Antwort. Bei einer Konferenz mit ein anderer leitender Beamter: „So, Sie sind also hier der Vertreter der Sozialdemokratie.“ Auf den Einwand, daß er als sachverständiger Mitarbeiter berufen sei, wird ihm erwidert: „Ja, ja, aber Sie sind doch Sozialdemokrat.“ Diese Fälle sind wohl deutlich.

Zweifellos bestehen in der Verwaltung anerkannter neuer Kräfte für solche leitenden Stellen große Schwierigkeiten. Wenn die Auswahl aber richtig organisiert wird, so werden sie sich finden lassen. Aber die höhere alte Beamtenklasse liefert überflüssig organisierten Widerstand gegen den Einsatz solcher neuen Kräfte. Es hat sich gewissermaßen ein Ring der alten Bürokratie gebildet, der nach massenhafter oder willkürlicher

Auflösung zu Ende des Sommers stattfinden und die Neuwahlen für den Herbst des Jahres ausgedrückt werden sollen.

Der Frieden im Südosten Europas.

Wiltons neue Adriatic.

W. W. Washington, 7. März. In seiner Antwort auf die letzte Note von Lord George und Milner über die abriatische Krise widerlegt Wilton, daß die Vereinigten Staaten die Annullierung der Bestimmungen des Londoner Abkommens nicht billigen können, es sei denn, daß die Völkervereine genehmigen könnten, daß diese Bestimmungen im wesentlichen annehmbar und so beschaffen seien, daß sie der Unterbrechung des Friedens im Südosten Europas nicht schaden könnten. Wenn Italien und Südamerika auf einen Pufferstaat verzichten wollten und die Oberhoheit über die Stadt Kärnten dem Völkerbund übertragen wollen in der Weise, daß weder Italien noch Südamerika die Kontrolle über die Stadt besäßen, so seien die Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß die beiden Parteien in einem U.S.A. kommen ihre gemeinsamen Interessen festlegen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Außerungen des Reichskanzlers.

Baden, 6. März. Wie das „Luzerner Telegraph“ meldet, äußerte Reichskanzler Bauer gegen über dem Reichstagesrat des „Reiter Klubs“ über den Wiederaufbau der verminten Gebiete Nordfrankreichs, die deutsche Regierung habe nach Ueberrahme der Verpflichtung, an dem Wiederaufbau zu arbeiten, nach Paris Telegrafen entsandt, um dort die Einzelheiten der Frage zu besprechen. Die langwierigen Verhandlungen seien beabsichtigt, nicht nur zum Abschluß gekommen. Sie hätten zum Gegenstand, die Arbeitsbedingungen festzustellen, unter denen die deutschen Arbeiter zu arbeiten hätten. Eine andere Schwierigkeit sei die Beschaffung von Materialien mit dem Wiederaufbau notwendigen Baumaterialien. Diese Frage stehe im engen Zusammenhang mit der Arbeitsfrage. Der Reichskanzler hoffe, daß die Verhandlungen diesen heißen Punkt der zwischen beiden Ländern noch immer eine Atmosphäre von Mißtrauen erzeugen könne, beseitigen.

gemeinsamen Zielen arbeitet, der alle entscheidenden Stellen in der Hand hat und dem zum Beispiel die Person Unterstaatssekretär von und Geheimrat von (Personalarbeiter) im Reichsministerium des Innern, Ministerialdirektor Meeder und andere im Reichsfinanzministerium, sowie die maßgebenden Beamten in verschiedenen anderen Reichs- oder Preussischen Ministerien sehr nahe stehen. Dieser Beamtenkonzern sucht mit allen Mitteln das Eindringen von Sozialdemokraten, wie überhaupt von Leuten, die das heutige System ernstlich unterfragen wollen und die nicht aus der Bürokratie hervorgegangen sind, zu verhindern. Es hatte gewiß unter den alten Verhältnissen, wo die Beamten nicht befohlen wurden und hierfür einen gewissen Ausgleich in der Pension und Hinterbliebenenversorgung sowie darin hatten, daß sie auf das Einkommen in gewisse Stellen stellen rechnen konnten etwas Verschwiegenes, die Beamtenklasse als einen abgeschlossenen, sich nach bestimmten Grundsätzen erziehenden Körper zu betrachten. Heute aber, wo die Beamten verlangen, daß ihnen wie jedem freien Arbeitnehmer eine angemessene Bezahlung gewährt wird, und wo die Reformen über die jetzigen Forderungen hinaus erhebliche Erhöhungen der Bezüge gebracht hat, können sie nach dieser Richtung hin durchaus keine besonderen Ansprüche erheben, besonders, wenn sie selbst Anforderungen des neuen Zeit nicht mehr erheben.

Ein typisches Beispiel für die bewusste Sabotage der höheren Bürokratie

ist die Frage der Einwirkung in die Personalaffären. Durch die neue Mißbräuchaft hat den Beamten das Recht gegeben, Einfluß in die Personalaffären zu nehmen. Argwohnige Beschränkung ist nicht vorzuziehen. Minder haben jedoch die Beamten die Einwirkung in die Affären nicht erhalten können, weil mit allem Mitteln darauf hingearbeitet wird, ihn zu verhindern aus der Zeit vor der Revolution vorzuziehen halten. Die Gründe liegen ziemlich klar auf der Hand. Man will die verschiedenen dunklen Machenschaften höherer Vorgesetzter der Kenntnis der betreffenden Beamten entziehen. Höchstes Ziel ist es aber, daß die Regierung diese Sabotage energisch mit den Kräfte angeschlossen hat und sie zur Be-

